

April 2019

Länderbericht

Regionalprogramm Politischer Dialog Südliches Mittelmeer



Libyen: Haftar in der Tripolis-Sackgasse

Canan Atilgan & Simon Engelkes

Während Kampfverbände des selbsternannten Feldmarschalls und de-facto Herrschers Ost-Libyens Khalifa Haftar vor den Toren der libyschen Hauptstadt Tripolis stehen, haben die Milizen im Westen des Landes unter der nationalen „Einheitsregierung“ (GNA) die Operation „Vulkan des Zorns“ zur Verteidigung der Hauptstadt ausgerufen. Haftar will mit seiner „libyschen Nationalarmee“ (LNA) die Macht in Tripolis und somit in ganz Libyen übernehmen. Dafür muss er alles auf eine Karte setzen.

Eigentlich fing das Jahr zuversichtlich an: Die UN-Friedensbemühungen schienen Fortschritte zu machen, der Zeitplan für eine Nationalkonferenz stand fest, die Rivalen Haftar und al-Sarraj hatten sich zum ersten Mal getroffen und geeinigt, es sollten noch in diesem Jahr Wahlen stattfinden. Die langersehnte politische Stabilisierung des Landes schien zum Greifen nahe. Sogar wirtschaftlich ging es aufwärts im Land. Internationale Diplomaten und Beobachter sprachen von einem Momentum für Frieden. Was ist also schiefgelaufen?

Testlauf im Süden

Begonnen hat der Tripoli-Feldzug von Khalifa Haftar mit dem militärischen Vormarsch seiner LNA Ende Februar in den Süden Libyens. Aufbauend auf seiner etablierten Machtposition im Osten, wo er Stabilität und Sicherheit bereitstellen konnte, war es ihm gelungen in kurzer Zeit die Kontrolle über Fezzan, die südliche Provinz Libyens, zu übernehmen. Selbstinszeniert als Vorreiter im Kampf gegen Terroristen in Libyen gelang es den LNA-Truppen nicht nur Rebellengruppen aus dem Sahel zu vertreiben, sondern zentrale Städte und die beiden südlichen Ölfelder el-Sharara und el-Feel zu übernehmen, welche gemeinsam 400.000 Barrel pro Tag produzieren.

Hierbei verließ sich Haftar vor allem auf Verhandlungen mit strategisch positionierten Milizen, die mit Uniform und Gehaltscheck ausgestattet in die Reihen seiner libyschen Nationalarmee aufgenommen wurden. Mit einer ähnlichen Strategie hatten Haftars Truppen bereits im September 2016 die Ölfelder im Osten unter ihre Kontrolle gebracht. Gleichzeitig teilten LNA-Offizielle in Russland gedrucktes Geld der Ost-Regierung in den eroberten Gebieten aus und versorgten die lokale Bevölkerung mit Mehl, Gas und Benzin.

Bemerkenswerterweise wurde der Vorstoß im Süden von der internationalen Gemeinschaft stillschweigend hingenommen, teilweise sogar begrüßt. Der UN-Sondergesandte Ghassan Salamé kommentierte die Übernahme der südlibyschen Stadt Sabha durch die LNA als „positiv und stabilisierend“. Es ist ein offenes Geheimnis, dass Haftar und seine LNA französische Rückendeckung bekommen haben. Für Frankreich ist die Stabilität in der Sahelzone absolute Priorität. In der Tat hatte sich die an den Sahel angrenzende südliche Region Libyens in Folge der politischen und territorialen Fragmentierung zu einer Brutstätte für internationale organisierte Kriminalität, für Schmuggel, Extremismus und Terrorismus entwickelt. Die in Tripolis ansässige international anerkannte Einheitsregierung, die kaum

mehr Territorium als den eigenen Regierungssitz kontrolliert, hatte den Süden vollkommen vernachlässigt.

Im Grunde hat Haftar hier eine wichtige Lücke gefüllt und konnte sich erneut als der Mann für Stabilität und Sicherheit präsentieren. Unterdessen stellt sich die Frage, wo die „internationale Gemeinschaft“ mit Blick auf Haftar steht. Möglicherweise war der militärische Vorstoß im Süden mit den regionalen Verbündeten UAE, Ägypten sowie mit internationalen Akteuren wie Frankreich, Russland aber auch der UN abgestimmt. Möglicherweise haben diese daher nicht mit weiteren militärischen Operationen gerechnet – schon gar nicht Richtung Tripolis. Eventuell haben die UN, die EU und andere in Libyen engagierte Akteure aber auch allesamt Haftar und seine Machtansprüche unterschätzt. Nichtsdestotrotz muss die Südoffensive Haftars in der Rückschau als erfolgreicher Testlauf nach Tripolis gewertet werden – militärisch sowie politisch.

Vom Deal zum Krieg

Je mehr Macht Haftar in Libyen anhäufte, desto mehr wurde er international hofiert; seine Unterstützer außerhalb des Landes nahmen stetig zu. Sein Anti-Islamisten-Image aus der Zeit der dreijährigen „Befreiung“ Benghazis von islamistischen Kräften hat ihm auch innerhalb der Region viel Zuspruch verliehen. Die Vereinigten Arabischen Emirate und Ägypten, später Frankreich und Russland, sahen in ihm eine Chance auf eine Befriedung des post-revolutionären Chaos in Libyen – auch wenn UN und EU zur gleichen Zeit die Einheitsregierung in Tripolis unterstützten.

Hatte man Haftar bis 2017 noch international ignoriert, klein geredet und für irrelevant erklärt, fokussierten sich dann die diplomatischen Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft in Anbetracht der militärischen Stärke Haftars und seiner wachsenden Relevanz nunmehr auf eine Einigung zwischen dem General und Fayiz al-Sarraj, dem Ministerpräsidenten der international anerkannten Regierung in Tripolis. Innerhalb weniger Monate hielten Frankreich und Italien abwechselnd vier internationale Konferenzen auf der Suche nach einem Weg für eine politische Einigung, auf denen Haftar seine Macht und Relevanz projizieren durfte. Ende Februar schließlich verkündete die UN-Unterstützungsmission in Libyen nach einem Treffen der beiden Machthaber Libyens in Abu Dhabi, die Formalisierung eines politischen Deals in dem sich Haftar und al-Sarraj auf ein Ende des Übergangsprozesses und die Abhaltung von Präsidentschafts- und Parlamentswahlen bis Ende 2019 geeinigt hätten.

Es steht außer Frage, dass die für Mitte April angesetzte – nun aber obsolete – UN-vermittelte Nationalkonferenz dazu dienen sollte, Haftars Machtstellung über die östlichen und südlichen Gebiete zu legitimieren und ihm eine nationale Position in der international anerkannten Regierung in Tripolis zu sichern. Haftar sollte auf dieser Weise in den politischen Deal integriert und dadurch auch unter Kontrolle gehalten werden.

Ohne ein handfestes Abkommen, ermutigt durch internationale Hofierung und aus der stärkeren Verhandlungsposition heraus, brach Haftar mit dem Sturm auf Tripolis den UN-Deal. Haftar's Botschaft ist eindeutig: Er will das Land führen.

Alles oder Nichts: Der Marsch auf Tripolis

Möglicherweise überschätzt sich Haftar. Unzählige bewaffnete Gruppen im Westen, insbesondere die Hauptstadt-Milizen und Kräfte aus der wirtschaftlich starken Küstenstadt

Misrata werden der LNA kein leichtes Spiel machen. Vor allem lässt sich bereits erkennen, dass sich die normalerweise in Konkurrenz stehenden mächtigen Milizen in Zweckallianzen gegen Haftar zusammenschließen. Zudem führt Haftar keine professionellen militärischen Einheiten, die weite Territorien des viertgrößten afrikanischen Landes kontrollieren können. Die LNA ist selbst ein Flickenteppich aus Stammeseinheiten und lokalen Milizen, einschließlich ultrakonservativer islamistischer und salafistischer Gruppierungen.

Außerdem ist Westlibyen kein sicherheitspolitisches Vakuum wie der Fezzan in Südlibyen. Obwohl sich einige Milizen im Westen der LNA angeschlossen hatten, haben sich die meisten westlibyschen Kräfte gegen den einmarschierenden Feind vereint. Militärkonvois aus der Küstenstadt Misrata sind den Hauptstadtmilizen zur Hilfe gekommen und die Kämpfe werden sich vermutlich einige Zeit hinziehen. Gleichzeitig hat die Südwest-Invasion die Armee von General Haftar räumlich auseinandergesogen, Versorgungslinien verlängert und die finanziellen Kosten für die Parallelregierung im Osten erhöht. Während ein Großteil der LNA-Einheiten auf ihrem Weg nach Tripolis waren, führten Kämpfer des Islamischen Staates einen Angriff auf die Stadt al-Fuqaha in Südlibyen aus; andere Akteure werden folgen und lokaler Widerstand könnte sich dort reorganisieren.

Haftar zog aus, um alles zu gewinnen, und könnte jetzt womöglich alles verlieren – zumindest eine künftige Rolle im Gesamtstaat Libyen. Westlybische Kräfte werden sich auf keinen Deal mit Haftar einlassen. Er ist im Westen eine verhasste Figur. Der lokale Widerstand gegen Haftar und seine LNA darf nicht unterschätzt werden. Die Möglichkeit, mit militärischer Kraft Fakten zu schaffen, erscheint unwahrscheinlich. Haftar hat darauf spekuliert, wie in Benghazi und Derna, auch im Westen lokale Unterstützer anzutreffen. Zumal es der Einheitsregierung in Tripolis seit ihrem Amtsantritt Anfang 2016 nicht gelungen ist, administrativ oder gar politisch die Kontrolle im Land zu übernehmen. Mehr noch, sie hat mit ihrer Untätigkeit die internationale Unterstützung verspielt und sich irrelevant gemacht.

Wenn die Konfrontationen eskalieren, kann sich das Land schnell in einem Bürgerkrieg wiederfinden. Vieles deutet allerdings darauf, dass es zunächst um ein Kräftemessen im Rahmen einer Belagerungsoperation um Tripolis herum gehen wird. Sollte Haftar mit leeren Händen in den Osten zurückkehren, hätte er alles verloren: seine Macht, seine Unterstützung, sein Ansehen und vor allem die Aussicht auf eine Machtposition auf nationaler Ebene. Es gibt für ihn nun kein Zurück mehr. Er muss alle seine Karten auf die Übernahme der Hauptstadt setzen.

Die fragmentierte internationale Gemeinschaft und eine überforderte EU

Der Zeitpunkt seines Marsches auf Tripolis nur Stunden nachdem UN-Generalsekretär Antonio Guterres in der Stadt landete, hat Haftar einen politischen Nachteil verschafft. International wird er jetzt trotz seiner Befreiungsrhetorik als Aggressor wahrgenommen und politische sowie militärische Unterstützung für die LNA wird für seine Verbündeten im Golf und anderswo schwierig durchsetzbar sein.

Fakt ist aber, dass die UN-Mission die Kontrolle über die Geschehnisse vor Ort verloren hat. Die UN kann sich derzeit lediglich um kurzzeitige humanitäre Fragen kümmern und versuchen einen kurzzeitigen Waffenstillstand durchzusetzen. Der Sonderbeauftragte Ghassan Salamé sowie seine fünf Vorgänger hatten es in Libyen nie einfach, einen Friedensprozess in einem in jeder Hinsicht fragmentierten Land voranzutreiben. Erschwert

wurde der Prozess zusätzlich durch regionale Akteure, die sich mit divergierenden Interessen und konfliktierenden politischen Zielen in die Geschehnisse im Land eingriffen.

Spätestens seit 2017 haben auch Italien und Frankreich als Rivalen die geopolitische Bühne in Libyen betreten. Während Italien intensiv in die Einheitsregierung GNA und ihr nahestehende Milizen in Tripolis investierte, um irreguläre Migrationsbewegungen über Libyen nach Europa in den Griff zu bekommen, zeigte sich Frankreich im „Kampf gegen Terror“ immer wieder offen für eine Unterstützung von Haftar. Zuletzt hat Frankreich Haftar im Süden Libyens durch Luftschläge gegen tschadische Rebellen und mit der Entsendung französischer Spezialkräfte gestützt. Auch wenn beide Länder nach außen hin immer wieder Einigkeit demonstrieren, wie zuletzt beim G-7 Treffen in der Bretagne, hat die Rivalität in Libyen nicht nur dem UN-Friedensprozess, sondern auch der Glaubwürdigkeit Europas geschadet.

Seit Beginn der Kämpfe um Tripolis, haben UN, EU, USA sowie Staaten aus der Region alle Parteien in Libyen dazu aufgerufen, die Kämpfe zu unterbinden und an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Wieviel davon ernstgemeint ist, lässt sich schwer sagen. Aber bereits jetzt machen sich Gerüchte breit, dass nach einem Treffen mit dem ägyptischen Präsident Al-Sisi, US-Präsident Trump einer militärischen Unterstützung für Haftar durch die Vereinigten Arabischen Emirate und Ägypten tatenlos zusehen wird.

Was nun?

Sollte Haftar Tripolis wider Erwarten einnehmen und stabilisieren können, könnte sich das Blatt noch einmal wenden. Anstatt sich über Ost- oder Südlibyen als Druckmittel zu legitimieren würde er sich ex-post als neuer Machthaber Libyens etablieren und das Land nach dem Al-Sisi-Modell des ägyptischen Präsidenten in eine Militärdiktatur führen. Ein solches Ergebnis wäre langfristig nicht stabil, könnte ihn jedoch in eine Position bringen, von der aus er mit der internationalen Gemeinschaft verhandeln und seine Macht durch die Einnahmen aus den Ölexporten konsolidieren könnte. Eine solche „Haftarokratie“ hätte allerdings nicht nur in vielen Teilen der Bevölkerung wenig Zuspruch, sondern stünde international auf schwachem Fuß.

Sollte es Haftar nicht gelingen, den Sturm auf Tripolis siegreich zu beenden, würde dies das Selbstvertrauen der islamistischen Kräfte im Westen stärken und möglicherweise zu einer Zersplitterung der militärischen Strukturen im Haftar-Lager führen, was im ganzen Land Kämpfe zwischen rivalisierenden Milizen provozieren könnte. Wenn Haftar es jedoch schaffen sollte, seine Autorität über die Armee beizubehalten, könnte ihm in neuen Verhandlungen ohne legislative Abstimmung möglicherweise doch noch politischer Einfluss in Tripolis und ein Platz im Kabinett gesichert werden; oder aber Abdullah al-Thinni, Ministerpräsident der international nicht anerkannten „Nebenregierung“ im Osten, könnte als politischer Führer in die politischen Strukturen in der Hauptstadt einziehen.

Die UN-gestützte Einheitsregierung GNA hat ihre Glaubwürdigkeit schon längst verloren. Wenn es ihr nicht gelingt eine einigende Rolle gegen Haftar zu spielen, verliert sie auch ihre Existenzberechtigung. Gewinnen die Milizen des Westens gegen die Bedrohung aus dem Osten, haben diese sich damit als einzig relevante Machthaber des Westens bewiesen.

Mit einer erstarkten islamistischen Szene, durchzogen mit zahlreichen Milizen im Westen und militärisch organisierten Strukturen im Osten wird sich nicht so schnell ein neuer

politischer Vertrag aushandeln lassen. Unabhängig davon wie der Kampf um Tripolis ausgehen wird, müssen die Karten neu gemischt und die Spielregeln neu geschrieben werden.

Der spätestens seit dem letzten Bürgerkrieg im Jahr 2014 gänzlich gereifte Machtkonflikt zwischen Islamisten, Gaddafi-loyalen Technokraten, Ex-Regimeanhängern und unterdrückten Stämmen sowie lokalen Konfliktparteien und dschihadistischen Gruppierungen benötigt einen neuen politischen Prozess, bestenfalls auf der Grundlage des vom UN durchgeführten Dialogprozesses, um eine politische Einheit auszuhandeln, die den machtpolitischen Realitäten vor Ort Rechnung trägt.

Damit das auch wahr wird, muss sich die internationale Gemeinschaft tatkräftig zu diesem Prozess bekennen und an einem Strang ziehen. Und Libyen braucht klare Ownership- und Leadership-Strukturen im Land: eine politische Führungsfigur, die den Prozess vorantreiben kann. Dies könnte wohl kaum Haftar sein.

Dr. Canan Atilgan, Leiterin des Regionalprogramms Politischer Dialog Südliches Mittelmeer/Tunis der Konrad-Adenauer-Stiftung

Simon Engelkes, Projektkoordinator im Regionalprogramm Politischer Dialog Südliches Mittelmeer/Tunis der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Canan Atilgan
Leiterin
Regionalprogramm Politischer Dialog Südliches Mittelmeer
Europäische und Internationale Zusammenarbeit
www.kas.de/poldimed

canan.atilgan@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)